

Name:
Straße:
Stadt:

Datum:

+++++

Botschaft der Republik Niger
Machnower Straße 24
14165 Berlin

Botschaft der Republik Mali
Kurfürstendamm 72
10709 Berlin

Botschaft des Königreichs Marokko
Niederwallstraße 39
10117 Berlin

+++++

Unterstützung der Proteste von Afrique-Europe-Interact am 11. November 2016 in Berlin

Sehr geehrter Herr Botschafter der Republik Mali,
sehr geehrter Herr Botschafter der Republik Niger,
sehr geehrter Herr Botschafter des Königreichs Marokko,

das transnationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact hat angekündigt, am 11. November 2016 in Berlin sowohl vor den Botschaften von Niger, Mali und Marokko als auch vor der Repräsentanz der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) zu demonstrieren. Ich möchte mit diesem Brief deshalb erklären, dass ich die Proteste und die Forderungen von Afrique-Europe-Interact ausdrücklich unterstütze.

Der im November 2015 beim EU-Afrika-Gipfel in Maltas Hauptstadt begonnene Valetta-Prozess liegt nicht im Interesse der afrikanischen Länder. Denn die dort beschlossenen Maßnahmen dienen nicht der Entwicklung Afrikas (auch wenn das seitens der EU immer wieder behauptet wird), sondern dem Kampf gegen die so genannte irreguläre Migration. Im Zentrum aller seit dem Valetta-Gipfel abgeschlossenen bi- und multilateralen Abkommen stehen daher 'Fluchtverhinderung' und 'Rückübernahmeabkommen'. Dies gilt auch für die derzeit mit Hochdruck vorangetriebenen "Migrationspartnerschaften", die unter anderem mit dem Niger, dem Senegal, Nigeria, Mali und Äthiopien abgeschlossen werden sollen.

Die direkten Folgen dieser Politik sind für die betroffenen afrikanischen Länder katastrophal:

- Zusätzliche Migrationskontrollen an innerafrikanischen Grenzen, in der Wüste und auf dem Mittelmeer führen dazu, dass Migrant_innen und Geflüchtete längere, schwierigere und gefährlichere Reisewege in Kauf nehmen müssen. Unmittelbare Konsequenz ist, dass noch mehr Menschen auf dem Weg Richtung Europa ums Leben kommen – was auch für die Familien, die Freund_innen und Nachbar_innen der Verstorbenen eine unfassbare Tragödie darstellt. Zudem sehen sich viele Migrant_innen zusätzlicher Gewalt und Erpressung unter anderem durch Grenzbeamte und Polizisten ausgesetzt. Besonders betroffen sind Frauen, die

- immer wieder körperliche und sexuelle Gewalt erfahren müssen.
- Nicht weniger wichtig ist, dass Migrant_innen – auch solche mit prekären Aufenthaltsstatus – ihren Lebensmittelpunkt in Europa haben. Abschiebungen bedeuten deshalb, dass sie aus ihren sozialen und persönlichen Bezügen herausgerissen werden. Auch dies stellt eine massive Menschenrechtsverletzung dar, zumal Abgeschobene durch ihre Familien und Nachbarn oftmals soziale Ächtung erfahren.
 - Migrant_innen leisten durch ihre regelmäßigen Rücküberweisungen an ihre Familien einen bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung ihrer Länder – nicht nur, indem das alltägliche Überleben der Angehörigen unterstützt wird, sondern auch indem Investitionen ermöglicht werden, die die Entwicklung lokaler Ökonomien unterstützen. In diese Sinne bedeuten Abschiebungen eine massive ökonomische und soziale Destabilisierung der betroffenen Länder.
 - Indem an den innerafrikanischen Grenzen auf Druck der EU hin immer mehr Kontrollen eingeführt werden, wird die traditionelle, im Rahmen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS/CEDEAO) vertraglich abgesicherte Reisefreiheit zwischen den afrikanischen Ländern unterminiert, was ebenfalls mit erheblichen wirtschaftlichen Folgeschäden einhergeht, etwa für Kleinhändler_innen oder Migrant_innen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich sie höflich bitten, dem Druck der Europäischen Union nicht nachzugeben und stattdessen die Interessen Ihrer Länder und somit Ihrer Bürger und Bürgerinnen umfassend zu schützen:

- Unterschreiben Sie keine Rückübernahmeabkommen, stellen Sie keine Pässeersatzpapiere aus ("Laisser-Passer") und errichten Sie keine zusätzlichen Barrieren an den Innerafrikanischen Grenzen. Verurteilen Sie auch die Bereitschaft der EU, mit diktatorischen und menschenverachtenden Regimes wie denjenigen von Eritrea und Sudan migrationspolitisch zusammenzuarbeiten.
- Darüber hinaus möchte ich Sie auffordern, sämtliche Erpressungsversuche der EU zurückzuweisen, Zahlungen im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit an die Bereitschaft Ihrer Länder zu koppeln, Migrationsabkommen zu unterschreiben.
- Sagen Sie in diesem Zusammenhang auch "Nein" zu all jenen Verträgen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zu einer weiteren Schwächung der afrikanischen Ökonomien führen wie zum Beispiel die EPA-Abkommen oder die Europäische Agrarpolitik.
- Setzen Sie sich stattdessen dafür ein, dass Kriege, gewalttätige Konflikte, politische Verfolgung, Armut, Hunger und die Zerstörung kleinbäuerlicher und anderer Existenzgrundlagen schnellstmöglich beendet werden. Erforderlich sind daher starke Demokratien, die sich sowohl für die ökonomische und soziale Entwicklung innerhalb Afrikas einsetzen als auch für legale, sichere und kostengünstige Migrationsmöglichkeiten nach Europa.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, dass Afrique-Europe-Interact bereits im Oktober 2016 sämtliche dieser Forderungen in einem offenen Brief an die afrikanischen Botschaften in Berlin dargelegt hat. Anlass war der Gipfel der Afrikanischen Union zu Meeressicherheit und Entwicklung in Afrika" (Maritime Security and Safety and Development in Africa), der vom 11. bis 15 Oktober 2016 in Lomé stattgefunden hat.

Mit freundlichen Grüßen,

(Unterschrift, Vor- und Nachname)